

Anti-AfD-Proteste nehmen Fahrt auf: Borken erhebt die Stimme!

Rund 70 Teilnehmer protestierten in Borken gegen die Zusammenarbeit von Union und AfD im Bundestag am 2. Februar 2025.



Am Freitagabend versammelten sich rund 70 Teilnehmer vor der CDU-Zentrale am Butenwall in Borken, um ein starkes Zeichen gegen die Zusammenarbeit von Union und AfD zu setzen. Die Teilnehmer kamen von den Grünen, der Initiative „Borken bleibt bunt“ und der Bewegung Parents for Future. Der Anlass dieser Versammlung war die heftige Kritik am aktuellen Vorgehen der Union im Bundestag, besonders in Bezug auf die verschärfte Migrationspolitik. Die versammelten Bürger appellierten an die CDU, die „Brandmauer“ zur AfD wieder aufzubauen. Während die Polizei 70 Personen zählte, berichteten die Grünen von etwa 100 Teilnehmern, was auf die breite Betroffenheit und den hohen emotionalen Druck hinweist.

Die Protestaktion in Borken ist Teil einer weitreichenden Welle von Anti-AfD-Demonstrationen, die derzeit durch Deutschland rollen. Ausgelöst wurde diese Entwicklung durch die umstrittene Abstimmung von Union und AfD im Bundestag zur Verschärfung der Migrationspolitik. Nancy Neubauer von „Fridays for Future“ machte auf die Vielzahl von Demonstrationen aufmerksam, die für Donnerstag und Freitag in ganz Deutschland angemeldet waren. Insgesamt wurden mehr als 90 Proteste gemeldet, wobei eine große überregionale Demonstration im Berliner Regierungsviertel für Sonntag geplant ist, organisiert von Campact, DGB Berlin-Brandenburg und „Fridays for Future“.

Proteste in Deutschland

Am Mittwochabend protestierten bereits etwa 1000 Menschen vor der CDU-Parteizentrale in Berlin, und in Köln fanden sich am Donnerstagmorgen rund 25 Menschen vor der CDU-Zentrale ein. Für den Abend waren Kundgebungen in vielen Städten wie Düsseldorf, Dortmund, Kiel, Bremen, Freiburg, Hannover und Stuttgart angekündigt. Auch die Politik um das Thema Asyl und Migration steht im Fokus; CDU und CSU haben im Bundestag mit Stimmen der AfD einen Antrag zur Verschärfung der Asylpolitik verabschiedet. Am Freitag plant die Unionsfraktion eine Abstimmung über ein Zustrombegrenzungsgesetz.

Die kritische Situation wurde von führenden Stimmen aus der Zivilgesellschaft und der Politik aufgegriffen. Altbundeskanzlerin Angela Merkel äußerte ihre Bedenken zur Zusammenarbeit mit der AfD und forderte ein Umdenken. Diakonie-Präsident Schuch appellierte an die demokratischen Parteien, sachlich zu argumentieren, während Luisa Neubauer Merz als „Sicherheitsrisiko für Deutschland und die Demokratie“ bezeichnete. Besonders besorgt zeigten sich auch religiöse Vertreter: Landessuperintendent Dietmar Arends äußerte sein Entsetzen über das Vorgehen der Union und Kirsten Schwenke von der Diakonie forderte einen Stopp weiterer Anträge, die mit AfD-Stimmen verabschiedet werden.

Historischer Kontext der Proteste

Die aktuellen Proteste knüpfen an eine größere Anti-AfD-Bewegung an, die bereits im vergangenen Jahr Hunderttausende mobilisierte. Diese Demonstrationen wurden unter anderem durch eine Recherche über ein geheimes Treffen von AfD-Politikern und Rechtsextremen ausgelöst. Tayfun Keltek wies darauf hin, dass solche politischen Entscheidungen zu einer tiefen Verunsicherung in der Bevölkerung führen. Der Rückhalt für die Demonstrationen zeigt, dass viele Bürger eine klare Linie gegen extremistisches Gedankengut fordern und sich aktiv für die Demokratie einsetzen. Die Integration unterschiedlicher Gruppen in diesen Protesten, wie den Grünen und sozialen Organisationen, verdeutlicht die breite Front gegen eine mögliche Normalisierung extremistischer Inhalte im politischen Diskurs.

Die Dynamik dieser Proteste lässt sich als ein deutliches Zeichen der Zivilgesellschaft werten, die unzufrieden mit der politischen Ausrichtung wird und sich für demokratische Werte stark macht. Es wird interessant sein zu beobachten, wie sich dieser Trend in der nächsten Zeit weiterentwickelt und welche strategischen Antworten die betroffenen Parteien darauf geben werden.

Zusammengefasst zeigen die Ereignisse in Borken und den anderen deutschen Städten, dass die anhaltenden politischen Spannungen zwischen demokratischen Kräften und der AfD zu einer verstärkten Mobilisierung in der Zivilgesellschaft führen. Es bleibt abzuwarten, ob und wie diese Protestkultur sich in konkrete politische Veränderungen umsetzen lässt.

Details

Quellen

- www.borkenerzeitung.de
- www.rnd.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net